



Demonstration vor dem Polizei-Hauptquartier in Bern: „Auf den Misthaufen mit der Schweizer Stasi“

## „Dieses Land wird zum Alptraum“

Jahrelang haben Schweizer Staatsschützer Hunderttausende unbescholtener Bürger bespitzelt. Absurde Verdächtigungen und eine hemmungslose Sammelwut lie-

ben eine ganze Generation von Schweizern in den Registern der Polizei zu Staatsfeinden werden. Jetzt soll den Spitzel-Opfern begrenzte Akten-Einsicht gewährt werden.

**E**s gibt in diesen Tagen viel zu beobachten und zu fotografieren für die Bundespolizei an Berns Taubenstraße 16. Vor ihrem klotzigen, elektronisch gesicherten Bau stehen Bürger auf der Straße und verlangen Einsicht ins staatliche Überwachungs-Archiv: „Die Schnüffelakten gehören uns!“, heißt es auf einem Flugblatt, das dort verteilt wird. Und: „Auf den Misthaufen der Geschichte mit der Schweizer Stasi!“

Aber anders als im aufgewühlten Ost-Berlin hat im betulichen Bern noch niemand zum Sturm auf die Überwachungs-Zentrale gerufen, der Zorn blieb gesittet. Jeden Tag übernimmt eine andere Gruppe das zweistündige „Protest-Pikett“: Schriftsteller und AKW-Gegner, Gentechnik-Kritikerinnen, Friedensbewegte und Rechtsanwälte, Wehrdienstverweigerer, Studenten und linksliberale Parlamentarier des Berner Kantonsparlaments.

Sie alle und viele Unorganisierte wissen, daß sie bei der Bundespolizei als verdächtige Elemente registriert sind. Die Enquete einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) über die Tätigkeit der zum Rücktritt gezwungenen Justizministerin Elisabeth Kopp hatte grelles Licht in die Dunkelkammer der

Nation gebracht. 900 000 Karteikarten wurden dort angelegt mit Informationen über Parteien und politische Gruppen, Ausländer und Asylbewerber – und über eine Viertelmillion Schweizer Bürger.

Die Schnüffler waren überall dabei, wo die herrschenden Zustände möglicherweise kritisiert oder neue Ideen formuliert wurden. Bienenfleißig und meist ziellos sammelten sie Zeitungsartikel, registrierten Teilnehmer von Kundgebungen und Kongressen, recherchierten hinter Abstimmungskomitees her, notierten sogar Unterzeichner von Volksbegehren – als ob in der Schweiz ein Staatsfeind wäre, wer sich der vielgerühmten, von der Verfassung garantierten Volksrechte bedient.

Als die Überwachungs-Abteilung aufgeflog, beschäftigten Bundesanwalt Rudolf Gerber und sein Polizeichef Peter Huber 94 Beamte im Spitzeldienst – zwölfmal mehr als in der Drogenfahndung. In Kantonen und Städten arbeiteten ihnen rund 180 dort beamtete Schnüffler zu. Sie schickten, je nach Größe des überwachten Gebiets, jedes Jahr zwischen 20 und 1600 Rapporte nach Bern.

Kopien dieser Dokumente horteten sie in eigenen Archiven – 50 000 waren

es zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt, 10 000 im benachbarten Kanton Basel-Land, in Luzern 7000 und in Zürich 70 000. Die kantonalen Dienste arbeiteten unter der Aufsicht der Bundespolizei (Bupo).

In einer vertraulichen Weisung („Nur für dienstlichen Gebrauch“) vom 1. Juni 1988 sind die Regeln des Verkehrs zwischen Bern und den Außenstellen detailliert festgehalten, bis hin zur sicheren Aufbewahrung der Akten zwecks „Schutz vor Entwendung (etwa bei Stürmung und Besetzung von Räumlichkeiten des Polizeikommandos oder der Nachrichtendienste usw.)“.

Die kantonalen Polizeiminister fühlen sich für den Inhalt ihrer Schnüffelkarteien nicht zuständig. Auch für die absurden Überwachungsziele der Beamten ihrer eigenen „Spezialdienste“ machen sie Bern verantwortlich.

Mangels klarer Weisungen sammelten die nämlich einfach alles, was nicht in ihr eigenes enges Weltbild paßte. Ein Berner Stadtpolizist observierte zum Beispiel 1981 in der Innenstadt zwei Journalisten, die auf der Straße das Magazin ihrer Gewerkschaft verkauften. Fazit des Spitzels nach sechs Stunden scharfer Beobachtung: „Die Sache

konnte sich keiner großen Popularität erfreuen.“

Viel Zeit stahl den Beamten die sogenannte Ansprache von Ostreisenden. Wer das Visum eines Landes des Warschauer Paktes im Paß trug, mußte damit rechnen, von einem Staatsschützer belästigt zu werden. Unter dem Vorwand, man wolle nur vor den Tricks östlicher Anwerber warnen, besuchten die Staatsschützer diese Bürger und zogen Auskünfte über sie ein.

Neben Nachbarn und Bekannten dienten den Polit-Polizisten auch Diplomaten als Zuträger. So machte sich der heutige Staatssekretär Frank Blankart, Chef des mächtigen Bundesamtes für Außenwirtschaft, um sein Land verdient, als er die Bundespolizei 1969 mit einem „Résumé“ über eine Veranstaltung der erzbürgerlichen Freisinnigen Partei des Kantons Bern versorgte. Dort

sammen mit seinem Parteivorsitzenden sowie einem weiteren Funktionär einer Einladung in die Botschaft der DDR folgte, notierten sie: „Unsere Kontrolle ergab, daß die drei Obgenannten um 12.20 Uhr vor der Botschaft einem Taxi entstiegen.“

Der Sozialdemokrat Hansjörg Braunschweig erregte schon 1946 den Argwohn der Staatsschützer – da war er gerade 16 Jahre alt und verkaufte Winterhilfe-Abzeichen. So schickte er auch dem damaligen Justizminister eine Anstecknadel, die leider auf dem Weg nach Bern zerbrach. Aus den Trümmern setzte ein mißtrauischer Aufpasser Hammer und Sichel zusammen – und interpretierte daraus, daß eine kommunistische Machtübernahme angekündigt werden sollte.

Bei der Einvernahme wurde das grobste Mißverständnis aufgeklärt. Doch

ment, in seinen Schriften und nun auch in seinem neuesten Buch über die Schweiz und die Schweizer behauptet: „Ich kenne keine Gesellschaft auf der Welt, die so wenig über sich selbst weiß, keine, die so verknöchert, heimlichtueisch und jeder Selbstkritik abhold ist ... wie die eidgenössische.“ Und: „Langsam wird dieses Land zu einem Alptraum.“\*

Im Visier der Staats-Spitzel war immer auch das Privatleben der Observierten. Über die Thurgauer Abgeordnete Menga Danuser notierten sie: „Trinkt abends gern ein Bier.“ Besonders genau durchleuchtet wurden Bewerber für einen Job beim Bund. Über einen Kandidaten meldete die Bundespolizei einem Personalchef, er sei „schon in der Sekundarschule sexuell leicht erregbar gewesen“.

Die Schnüffler pflegten ihre Opfer gemäß ihrer eigenen spießigen Ansichten



Spitzel-Opfer Braunschweig, Vollmer, Ziegler: Nachschub für den Archipel Bupo

hatte der Abgeordnete Peter Vollmer, Vizepräsident der Schweizer Sozialdemokraten, als Gastredner über das Machtdefizit der Jugend referiert.

Vollmers „Fiche“ (Berner Amtsdeutsch für Karteikarte) umfaßt insgesamt 16 beidseitig beschriebene Blätter. Als Abgeordneter konnte er im Dezember Einblick in sein umfangreiches Sündenregister nehmen: Anfang der siebziger Jahre habe er, las Vollmer, „mit seinem Schutzhund“ aus sicherer Entfernung die Besetzung des Soziologischen Instituts beobachtet. Der „Schutzhund“ hieß Bari, gehörte allerdings zum Haushalt des Politologen Professor Richard Baumlin, dem Vollmer damals als Assistent zuarbeitete.

Wo Vollmer war, so ist der Registerkarte zu entnehmen, waren immer auch beamtete Spitzel: Sie beobachteten ihn unter 50 Zuschauern eines Straßentheaters, registrierten ihn als Abonnenten des linken *Zeitdienstes*, und als er zu-

der Eintrag blieb. Und viele weitere folgten.

Denn der Jüngling entwickelte sich zu einem der führenden Friedenspolitiker des Landes, was natürlich dauernde Beobachtung nötig machte. 1962, als er für kurze Zeit Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Algerien war, nahm die Bundesanwaltschaft „diskret“ Einfluß und machte in Genf „auf die etwas unglückliche Wahl des Braunschweig aufmerksam“.

Aus den ihm jetzt gezeigten Akten entnahm der Nationalrat, daß sein Telefon zeitweise abgehört und seine Post kontrolliert wurde – einleuchtend. Denn inzwischen hatte er sich auch noch als Vietnamkriegsgegner exponiert.

Selbstverständlich gehört der linke Soziologieprofessor Jean Ziegler aus Genf zu den Registrierten – vermutlich war er sogar der am schärfsten überwachte Volksvertreter. Die Bespitzelung bestätigt, was Ziegler seit Jahren im Parla-

zu beurteilen. Gefährlich erschienen ihnen alle, die dem Bild des braven, selbstgerechten Schweizers nicht entsprachen.

1985 zum Beispiel geriet die Bundesbedienstete X ins Überwachungsregister, weil sie an einer nationalen Demo zum Tag der Frau teilnahm und sich für die Einführung eines Zivildienstes einsetzte. Zwei Jahre später wurde das Dossier ergänzt, weil ihr Name im Impressum einer Fachpublikation aufgetaucht war. X galt fortan als „Feministin“.

Sie falle zwar „in politisch-polizeilicher Hinsicht“ nicht „nachteilig auf“, so wenig wie ihr Freund Y, mit dem sie „in bester, aussichtsreicher Lage in einem Einfamilienhaus“ zusammenlebe. Doch sei auch nicht bekannt, „daß X dem Radikalfeminismus entsagt hätte. Vielmehr scheint es dem Paar darum zu gehen, auf dem Marsch durch die Institutionen ei-

\* Jean Ziegler: „La Suisse lave plus blanc“. Editions du Seuil, Paris; 190 Seiten; 89 Franc.

ne gutbezahlte Bundesstelle bzw. Beschäftigung beim Kanton einnehmen/ausüben zu können“.

Unbeirrt rechtfertigte der zuständige Beamte vor der PUK den Unsinn: „Die Zugehörigkeit der Frau zu den Radikalfeministinnen warf Fragezeichen auf ... Es läßt auf eine extreme Gesinnung schließen. Man muß schauen, ob sich die Frau in ihrem Amt irgendwie verdächtig verhält.“ Die Absicht, Frau X bei ihrem Vorgesetzten zu denunzieren, habe man diskutiert, schließlich jedoch zurückgestellt.

Weniger Glück hatten andere Opfer der Polit-Polizisten. Ein qualifizierter Bewerber, stellte die PUK fest, erhielt eine Beamtenstelle nicht, weil er angeblich in einer Wohngemeinschaft lebte, die mit der „Szene“ in Verbindung stehe: Der Mann hatte in einem Haus eine Wohnung gemietet, in dem auch eine Wohngemeinschaft untergekommen war – früher einmal, stellte sich heraus, sie war längst ausgezogen.

In einem anderen Fall verlor ein Beamter seine Stelle, weil man ihn nach seiner Heirat mit einer Ausländerin der Spionage verdächtigte. Eine wochenlange Telefon-Überwachung ergab keine Hinweise. Doch die Bundespolizei bestand darauf, daß der Mann ein Sicherheitsrisiko darstelle; er wurde fristlos entlassen.

Begünstigt wurde die Entstehung des Spitzel-Apparats durch das traditionelle Staatsverständnis der Eidgenossen. Die direkte Demokratie läßt dem Volk auf allen Ebenen – Gemeinde, Kanton und Bund – und in allen wichtigen Dingen bis hin zur Höhe der Steuern das letzte Wort. Deshalb erscheint der Staat den Bürgern nicht als anonyme, bedrohliche Macht, sie gewähren ihm auf allen Ebenen ihr Vertrauen, das die Staatsdiener dann ab und zu mißbrauchen. Doch das staatsstreuere Volk regt sich darüber nur mäßig auf.

Die Entdeckung der 900 000 Karteikarten im Bundespolizei-Archiv hat denn auch keineswegs zu einem allgemeinen Sturm der Entrüstung geführt. Während sich Intellektuelle und politische Interessierte im Protest gegen den „Archipel Bupo“ (*Die Wochenzeitung*) einig waren, grämten sich die Bewohner ländlicher Gegenden und die schweigende Mehrheit in den Städten allenfalls über die Kosten, welche die ungehemmte Sammelwut verursachte.



Die Tätigkeit der einheimischen Politischen Polizei mit der Stasi der DDR zu vergleichen, erscheint manchen bürgerlichen Politikern vollkommen abwegig. Schließlich seien der Bundespolizei „keine Menschen zum Opfer gefallen“. Solche Beschwichtigungen bestätigen den selbstzufriedenen Glauben der Durchschnitts-Eidgenossen: „Wer sich nichts zuschulden kommen läßt, hat auch nichts zu befürchten.“

Ungläubig und fast unwillig nahmen die Schweizer zur Kenntnis, daß etwa die Zürcher Polizei linke Zirkel nicht bloß bespitzeln ließ, sondern eigene Beamte als Provokateure einschleuste – mit dem Ziel, aus Radikalen Bombenwerfer zu machen.

Die Bundespolizisten sahen sich durch ihren obersten Chef, Justizminister Arnold Koller, verteidigt. Er hält seine Beamten, allen voran Bupo-Chef Peter Huber, für tüchtige Leute, die lediglich übersehen hätten, daß sich im Laufe der Zeit „das Bedrohungsbild gewandelt“ habe.

Deshalb erließ er die Weisung, beim Observieren künftig legale politische Tätigkeiten wie das Unterschreiben von Volksbegehren oder Petitionen, die Teilnahme an bewilligten Demonstrationen und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Parteien nicht mehr zu registrieren.

Die mittlerweile über 50 000 auskunftshesichenden Bürger sollen aber nur einen oberflächlichen Einblick in ihre Akten nehmen dürfen – aus Gründen des Quellenschutzes und aus Furcht, ausländische Dienste könnten ihre Zusammenarbeit aufkündigen.

Die Dossiers mit Rapporten und Dokumenten dürfen höchstens ausnahmsweise und erst nach einem langwierigen bürokratischen Verfahren geöffnet werden.

Im Laufe des Jahres, dekretierte Koller, würden die Registrierten eingeladen, bei der Polizeileitung ihres Kantons einen Blick auf ihre Karteikarte zu werfen. Heikle Stellen sind sorgfältig abgedeckt, ein Bundespolizist wacht streng darüber, daß die bespitzelten Bürger weder Kopien noch Fotografien des Dokuments anfertigen. Nur Abschreiben ist erlaubt.

Beim Versuch, den Schaden zu begrenzen, wird manchem Mächtigen langsam klar, was die tölpelhafte Polit-Polizei angerichtet hat: Eine ganze Generation

kritischer Bürgerinnen und Bürger wurde zu potentiellen Staatsfeinden erklärt, nicht zufällig, wie manche glauben, sondern durchaus in Übereinstimmung mit der Schweizer Ideologie.

Bewußt gemacht haben dies jetzt Dutzende von Kulturschaffenden. Sie drohen, ihre Mitarbeit an der nächsten Jahr anstehenden 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft einzustellen, wenn sie nicht volle Akteneinsicht erhalten.

————— Kaschmir —————

## Indische Hunde

Moslem-Separatisten fordern die Unabhängigkeit des Bundesstaates Kaschmir – oder den Anschluß an Pakistan: Auf dem Subkontinent droht ein neuer Krieg.

Den „historischen Moment“ bekam sie optisch nicht mit. Am 3. Juli 1972 gegen 0.40 Uhr, als Indira Gandhi und Sulfikar Ali Bhutto das indisch-pakistanische „Simla-Abkommen“ unterschrieben, versperrten Pulks von Journalisten und Kamera-Teams der Bhutto-Tochter Benasir, 19, den Blick auf den nächtlichen Friedenschluß.

Indiens Premierministerin hatte dem besiegten Pakistan den östlichen Landesteil (seither Bangladesch) weggenommen, gab ihm aber einige Gebiete im Westen zurück. Trotz vieler Spannungen begann damals laut Benasir „der längste andauernde Frieden auf dem Subkontinent“.

Heute ist Benasir Bhutto Pakistans Premier – aber die von ihr beschworene Koexistenz scheint am Ende. Denn in